

# Vorgeschichte der Synode 1935

von  
Hellmut Reichel

1935 fand die erste Synode der Europäisch-Festländischen Provinz der Brüderunität seit der politischen Wende im Januar 1933 statt.

Die Machtübernahme durch die Nationalsozialisten in Verbindung mit den Deutsch-Nationalen war in den deutschen Brüdergemeinen im allgemeinen positiv aufgenommen worden. Die nationale Gesinnung war auch hier wie in den evangelischen Kirchen stark vorherrschend, und man hatte sich mit der Weimarer Verfassung nicht recht abfinden können. Als am 21. März 1933 in Potsdam der »Tag der nationalen Erhebung« mit dem bewußten Anschluß an die preußisch-deutsche Geschichte inszeniert wurde, fand er auch in den Gemeinden begeistertes Echo. Dabei war man gerade auch für die soziale Komponente des nationalsozialistischen Programms von der eigenen Geschichte her offen.

Hitlers »Mein Kampf« war in den Brüdergemeinen kaum bekannt. Man lebte in der Brüdergemeinde – vor allem in den Ortsgemeinen – weithin unpolitisch; und die Abgeschlossenheit der Ortsgemeinen, die zu einer Isolierung führte, wurde damals verschiedentlich kritisiert.<sup>1</sup>

Liest man die Jahresberichte der Gemeinden von 1933, so ist man überrascht, in welch dankbarem Staunen auf die politische Veränderung zurückgeblickt wird.<sup>2</sup>

---

<sup>1</sup> So namentlich in den Rundbriefen jüngerer Gemeinendiener.

<sup>2</sup> Im Nieskyer Jahresbericht etwa heißt es: »Gott hat uns einen Führer gegeben, der los von sich selbst, aber gebunden an sein Gewissen und Gottes Leitung, durchdrungen von dem Bewußtsein einer fast noch nie dagewesenen Verantwortung und getragen von einem ganz beispiellosen und grenzenlosen Vertrauen der Millionen seiner Volksgenossen, unser deutsches Volk zu einer Einheit zusammengeschlossen hat, wie sie in der deutschen Geschichte nur sehr selten dagewesen ist.«

Im Jahresbericht der Direktion heißt es nüchterner: »Für ... die im Deutschen Reich gelegenen Gemeinden und Werke bedeutet das Jahr 1933 einen entscheidenden Wendepunkt auf lange Zeit hinaus. Seit der Übernahme der Regierung durch Reichskanzler Adolf Hitler am 30. Januar ist das gesamte Leben des deutschen Volkes maßgebend

Im praktischen Leben der Gemeinden und auch der Leitung der Brüdergemeine standen allerdings die wirtschaftlichen Probleme im Vordergrund und waren bedrückend. Auf der Generalsynode 1931 in Herrnhut, die zum ersten Mal 13 Jahre nach Ende des Weltkrieges stattfand, war es ein recht düsterer Bericht, den die festländische Direktion im Gegensatz zu den anderen Provinzen, namentlich den amerikanischen, geben mußte.<sup>3</sup> Erst nach der Inflationszeit war ganz deutlich, daß die wirtschaftliche Basis der deutschen Brüdergemeine vernichtet war. Die Zeit, in der die Gemeinde und ihre Werke aus den Erträgen des Vermögens erhalten werden konnte, ohne danach zu fragen, inwieweit sich die einzelnen Zweige der Arbeit selbst erhalten konnten, war endgültig vorbei. Tiefe Einschnitte waren erforderlich. Die Zahl der Gemeindener mußte verringert und die Gehälter mußten gekürzt werden. Die Mittel für die Gehälter von fünf kleinen Gemeinden konnten nicht mehr aufgebracht werden.<sup>4</sup> Drei Knabenanstalten mußten geschlossen werden.<sup>5</sup> Es galt mit aller Anstrengung darauf hinzuarbeiten, in den Gemeinden und Schulen das Ziel der »Selbsterhaltung« zu erreichen.<sup>6</sup> Darüber hinaus blieb aber die Riesenlast der Ruhegehälter, für die es bisher keine Absicherung außer dem Vermögen gab.<sup>7</sup> So wurde erst Ende der zwanziger Jahre mit der Angestelltenversicherung verhandelt, um dort die Mit-

---

umgestaltet worden ... Die Gefahr, daß der Kommunismus und Bolschewismus Deutschland und damit die Länder des Westens erobern werde, ist für jetzt gebannt ... Wir haben hier nicht über das politische Geschehen und damit zusammenhängende Vorgänge zu berichten und zu urteilen. Solche Urteile sind immer von der bestimmten Lage des Beurteilers abhängig. Dagegen wollen wir die Aufgabe, die besonders einer übervölkischen Gemeinschaft Christi übertragen ist, mit Ernst auf uns nehmen, zur Verständigung und gegenseitigen Anerkennung beizutragen und über die vorhandenen, vielleicht nicht zu überwindenden Gegensätze hinweg die Brüdergemeinschaft aufrechtzuerhalten und zu stärken, die die Jünger Jesu unter allen Völkern und Sprachen und Rassen verbindet.«

<sup>3</sup> Bericht von der Generalsynode im »Herrnhut« Nr. 34 vom 12.6.1931.

<sup>4</sup> Die Gemeinde Guben wurde 1920 aufgehoben; Hausdorf wurde von einem Ruheständler besetzt, dann von Gnadenfrei aus bedient; in Breslau und Hamburg waren die Gemein Helfer zugleich im landeskirchlichen Dienst, ähnlich war es in Haarlem.

<sup>5</sup> Die Knabenanstalten in Neuwied, Prangins und Gnadenfrei wurden aufgehoben.

<sup>6</sup> Bericht der DUD zur kirchlichen Rechnung an die Synode 1935, S. 1-4.

<sup>7</sup> Die Gesamtzahl der im Dienst der Europ.-Festl. Provinz stehenden Mitarbeiter, die 1934 als Gehalts- und Ruhegehaltsempfänger versorgt werden mußten, betrug 770. Davon standen im aktiven Dienst in Schulen, Diakonie, Diaspora und Gemeinden 450. Weitere 200 waren Ruheständler aus dem Unitätsdienst und 120 aus dem Missionsdienst.

arbeiter nachträglich abzusichern. Dafür war aber ein zusätzlicher Betrag von RM 290 000,- erforderlich.<sup>8</sup>

Die letzte Provinzialsynode, die im Januar 1932 stattgefunden hatte, stand vor großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten. So wurde die Synode um nahezu ein Drittel verkleinert. Statt 56 stimmberechtigten und 14 nichtstimmberechtigten Mitgliedern sollten es künftig nur noch 43 stimmberechtigte und 6 nichtstimmberechtigte Synodale sein.<sup>9</sup> Seit 1930 bestand die Deutsche Unitätsdirektion (DUD) nur noch aus vier Mitgliedern; auch das Dozentenkollegium des Theologischen Seminars war von fünf auf vier Dozenten verringert worden.<sup>10</sup> Nachdem die Gehälter schon im Oktober 1931 um 10% gekürzt worden waren, mußte im April 1932 noch einmal die Zahlung herabgesetzt werden.<sup>11</sup> Und im März 1933 mußte die Direktion nochmals zu einer freiwilligen Abgabe aufrufen, um die Notlage der »Missionsanstalt« abzuwenden.<sup>12</sup>

Die Synodalperiode 1928–1934 ging im Frühjahr 1934 zu Ende. Neuwahlen für die Synode hatte DUD »mit Rücksicht auf den unentschiedenen Kirchenstreit« zunächst verschoben.<sup>13</sup> Erst, als kein Ende desselben abzusehen war, wurden sie im Sommer 1934 durchgeführt. Seit 1924 hatte sich die Brüdergemeinde wegen ihrer vielfältigen Verbindung mit den Landeskirchen an den »Evangelischen Kirchenbund« angeschlossen und hatte an den Kirchentagen in Bethel (1924), Königsberg (1927) und Nürnberg (1930) durch einen Vertreter ohne Stimmrecht teilgenommen. Als es 1933 zur Gründung der »Deutschen Evangelischen Kirche« (DEK) kam, wurde die Brüdergemeinde aufgrund ihrer Verfassung nun in derselben Weise an die DEK angeschlossen, wurde auch zu den Nationalsynoden am 27.9.1933 in Wittenberg und am 9.8.1934 in Berlin eingeladen; und Bruder Th. Marx hatte als ihr Vertreter daran teilgenommen. So war die Frage, inwieweit die Brüdergemeinde dadurch in den Kirchenkampf hineingezogen würde.

---

<sup>8</sup> Bericht der DUD zur kirchlichen Rechnung an die Synode 1935, 7.

<sup>9</sup> Bericht der DUD an die Synode – Gesamtbericht, 4.

<sup>10</sup> Bericht der DUD zur kirchlichen Rechnung, 9.

<sup>11</sup> Die Gehälter der Theologen wurden 1932 auf 228,- RM, der Diasporaarbeiter auf 186,- RM herabgesetzt. Dazu kamen die Kindergelder. Bericht zur kirchl. Rechnung, 10.

<sup>12</sup> Ebda. 10. Bei den Ruhegehaltsempfängern der »Missionsanstalt« handelte es sich um Brüder und Schwestern, die schon vor dem Weltkrieg im Dienst der Mission gestanden hatten. Diese Last war auf die vier Unitätsprovinzen verteilt worden; durch die Abwertung des Dollars und des brit. Pfunds war ein großes Defizit entstanden. HMD-Bericht an die Synode 1935, 12f.

<sup>13</sup> Bericht der DUD an die Gemeinden vom Jahr 1934, 4.

Die Direktion in Herrnhut wollte sich »aus inneren und äußeren Gründen« an den Grundsatz strikter Neutralität halten. »Weder mit der Reichskirchenregierung und dem Reichsbischof noch mit der Leitung der Bekenntniskirche, der ›Vorläufigen Kirchenleitung‹, sind von seiten der DUD irgendwelche Verhandlungen geführt worden.«<sup>14</sup> Am 20. Oktober 1933 hatte die Direktion durch die Brüder Th. Marx und O. Uttendörfer in Berlin beim Reichsinnenministerium die Versicherung erhalten, daß »die Rechte der Brüder-Unität in Deutschland, überhaupt die Rechte der Freikirchen« nicht angetastet würden. Auf die Frage, ob die Verfassung »in einigen Punkten den Wünschen des neuen Staates entsprechend umzuformen« sei, wurde ihnen gesagt, die Brüdergemeinde »solle ihre Verfassung nur aus ihrem eigenen Wesen und ihren eigenen Bedürfnissen heraus gestalten«.<sup>15</sup> Offenbar war es zu dieser Verhandlung gekommen, weil es eine kurze Zeit schien, »als ob durch das Hervortreten der ›Deutschen Christen‹ unsere Selbständigkeit in Frage gestellt wäre«<sup>16</sup>.

Pfarrer Jakubski, Berlin, hatte sich nämlich im September 1933 als ›Sachbearbeiter für die Gemeinschaftskreise‹ in der Reichsleitung der ›Deutschen Christen‹ »zur Vermittlung für die Einordnung der Brüdergemeinde in die Deutsche Evangelische Kirche« an die Direktion gewandt. Er stand mit Bruder Gerhard Veil in Gnadensfrei in Verbindung, wo versucht wurde, eine Ortsgruppe der ›Deutschen Christen‹ zu gründen.<sup>17</sup> So sah sich die Direktion veranlaßt zu einer grundsätzlichen Äußerung im Wochenblatt ›Herrnhut‹ Nr. 39 vom 28.9.1933 unter der Überschrift »Deutsche Brüdergemeinde«: »Es ist uns bekannt geworden, daß von Gnadensfrei aus die Bildung von Ortsgruppen ›Deutscher Christen‹ in unseren Brüdergemeinen in die Wege geleitet wird, und zwar soll das unter dem Namen geschehen ›Deutsche Brüdergemeinde‹. Als gewählte Leitung unserer Gesamtgemeinde bitten wir hierdurch unsere Geschwister, von der Bildung solcher Ortsgruppen in unseren Gemeinen abzusehen. Daß in anderen Verhältnissen derartige Gründungen notwendig und sehr zu begrüßen sind, soll damit nicht geleugnet werden. Mit dieser Bitte nehmen wir *nicht* Stellung zu der Bewegung der Deutschen Christen als solcher, aber kirchliche Parteibildung auf unserem Boden widerspricht dem Wesen unserer Brüdergemeinde.« Eine solche

---

<sup>14</sup> Gesamtbericht der DUD an die Synode 1935, 21.

<sup>15</sup> Schreiben der DUD an die Prediger etc. vom 27.10.33.

<sup>16</sup> Jahresbericht der DUD 1933, 3 in Mitteilungen aus der Brüdergemeinde 1934.

<sup>17</sup> DUD-Protokoll der Sitzung vom 19.9.1933, Abs. 1 in Klaus Biedermann, Die deutschen Brüdergemeinen zu Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft 1933–35, Examensarbeit, 8. Vgl. dazu auch Briefwechsel von H.S. Reichel mit S. Baudert vom 18.9.1933 und mit Th. Marx vom 26.9.1933. UA Herrnhut.

Bezeichnung sei auch formal unmöglich, da »die ganze Brüdergemeine auf dem Kontinent verfassungsmäßig den Namen ›Deutsche Brüder-Unität‹ trägt ... Außerdem bitten wir auch unsere Geschwister zu bedenken, daß sie einer Freikirche angehören. Als solche stehen wir außerhalb der kirchlichen Kämpfe, die in der Landeskirche sich abspielen. Wir haben unserer Meinung nach weder das formale noch das innere Recht, uns mit organisierten Gruppen Deutscher Christen in diese Kämpfe einzumischen ... Dabei verkennen wir durchaus nicht, daß die Glaubensbewegung der Deutschen Christen auch unserer Brüdergemeine viel zu sagen hat.«<sup>18</sup>

Schließlich heißt es: »Mit aller Deutlichkeit möchten wir die innere Haltung unserer Deutschen Brüdergemeine zum neuen Staat und zur Deutschen Evangelischen Kirche so kennzeichnen: Wir wollen *deutsche* Brüder sein, wie es im Verband unserer Unität bewußt englische, amerikanische, holländische, Schweizer und Brüder anderer nationaler Art und Gesinnung gibt. Als solche *deutsche* Brüder wollen wir uns mit Freude und Dank gerade heute dessen bewußt werden, was Gott unserem Volk an Gaben und Kräften gegeben hat. Als deutsche Brüder wollen wir uns mit ganzer Entschlossenheit auf den Boden des neuen Reiches unter Adolf Hitlers Führung stellen. Und wir wollen uns nicht nur von diesem Boden tragen lassen, sondern bei den neuen Aufgaben freudig mitarbeiten. Darum freuen wir uns auch, wenn recht viele Brüder und Schwestern in der nationalsozialistischen Bewegung im Geist unserer Gemeine mitzuarbeiten und zu dienen suchen ... Wir wollen aber auch in vollem Sinne deutsche *Brüder* sein. Das meint solche, die sich im Innersten ihres gekreuzigten und auferstandenen Heilands verbunden wissen. – Als deutsche *Brüder* wollen wir in dieser neuen Zeit bekennen und handeln, in Herz und Gewissen und darum entscheidend gebunden durch den Heiland und seinen klaren Willen in seinem Wort.«

Zum Schluß wird auf das Ältestenfest hingewiesen: »Auf ihn, unseren Herrn und Ältesten, wollen wir unverwandt das Auge richten und ihm vertrauen, daß Er, der unser Kirchlein schuf, es auch durch diese Zeit der Umwälzung hindurchführen kann. Möchte er unsere deutsche Brüdergemeine durch Gericht und Gnade brauchbarer machen für seinen Dienst an unserem Volk und Vaterland.«<sup>19</sup>

In einem entsprechenden Schreiben hatte sich die Direktion auch an die Pfarrer der Gemeinden gewandt und um Nachricht gebeten, inwieweit es zu solchen Gründungen von Ortsgruppen gekommen sei, was aber nicht der Fall war. Vereinzelt sind wohl Mitglieder der Brüdergemeine – vor allem in den Städten –

---

<sup>18</sup> ›Herrnhut‹ Nr. 39 vom 29.9.1933, 292f.

<sup>19</sup> Ebda.

Mitglieder der DC geworden. In den Ortsgemeinen waren sie wohl vielfach gar nicht mit ihnen in Berührung gekommen. Auch waren die kirchlichen Auseinandersetzungen weithin inhaltlich nicht näher wahrgenommen worden.

Anders war dies nur dort, wo die Gemeinen unmittelbar betroffen waren. Dies galt zum Beispiel von den Stadtgemeinen wie auch von den Diasporage-meinschaften, wo sie je nach der Einstellung des landeskirchlichen Pfarrers damit konfrontiert wurden.<sup>20</sup> Auch in Neuwied kam es schon im Sommer 1933 zur Auseinandersetzung mit den Deutschen Christen. Gerhard Reichel berichtet in einem Brief an Bruder Theo Marx vom 27.9.1933, wie er sich »in einer großen Werbeversammlung der DC das Wort geradezu erkämpft habe zu der Frage – es waren nur Fragen zugelassen –, ob sie bei dem Kampf gegen moderne Irrlehren, den sie forderten, auch den Kampf gegen die Irrlehren aufnehmen wollten, die augenblicklich akut wären, wie z.B. die in dem Wahlaufuf des Kirchenkommissars Jäger, der unmittelbar neben ihren Richtlinien in unserer Zeitung abgedruckt war, ausgesprochene: ›Die Erscheinung des Welterlösers sei das erste Aufflammen des nordischen Geistes inmitten all der Welt der Zersetzung.‹ Dabei ging es mir einfach um das öffentliche Zeugnis von Jesus Christus, dem von einem jüdischen Weibe in jüdischem Land geborenen Sohn Gottes. Der Leiter der Versammlung, Pfr. Loerzer, gab schließlich offen zu, daß sie diese Wendung Jägers preisgeben müßten.« Gerhard Reichel fügt dann hinzu: »An einem Punkt Eures Schreibens kann ich nicht ganz mit, und in dieser Richtung liegt meines Erachtens auch dieses mein Vorgehen, das mir wirklich innerste Pflicht war. So wenig wir uns in die inneren Angelegenheiten der Landeskirche, speziell in die Kirchenpolitik zu mischen haben, so deutlich scheint mir auf der anderen Seite die Verpflichtung, an dem Kampf der Geister in unseren Tagen, soweit der Herr sie uns auferlegt, teilzunehmen. Denn nicht die Erhaltung unseres Lebens ist unsere Sache, sondern das Eintreten für die Wahrheit. Wir sind es auch unserer evang. Kirche, scheint mir, schuldig, daß wir auch unsererseits gegen Gefahren kämpfen, die in ihrer Mitte auftreten, ohne danach zu fragen, ob dies und das unseren Kirchenkörper gefährden kann.«<sup>21</sup>

In Breslau, wo Bruder Friedrich Gärtner als Gemeinhelfer zugleich Pfarrer

---

<sup>20</sup> Im Jahresbericht der DUD an die Gemeinen vom Jahr 1934 heißt es S. 11: »Die Mitglieder unsrer Gemeinschaften wie die leitenden Brüder wurden von den [kirchenpolitischen] Parteien für sich in Anspruch genommen, und es wurde ihnen oft schwer gemacht, die uns vom Herrn gewiesene Linie der einfachen Evangeliumsverkündigung ohne kirchenpolitische Stellungnahme einzuhalten; man erklärte solche Zurückhaltung für Schwäche oder gar Feigheit.«

<sup>21</sup> Brief von Gerh. Reichel an Th. Marx vom 27.9.1933 UA Hht C IIIA.b.

der Stadtmission war und insofern auch im Dienst der Schlesischen Landeskirche stand, war es auch inzwischen zu deutlicher Stellungnahme gekommen. Er gab auch seit 1933 die Rundbriefe der Arbeitsgemeinschaft jüngerer Gemeindendiener heraus.

Aus den Besprechungen jüngerer Gemeindendiener vom 9.–11.10.1933 in Herrnhut gingen acht Thesen für »Die Verkündigung der Brüdergemeine in der Gegenwart« hervor, die von den Brüdern Fr. Gaertner, W. Kessler und H. Renkewitz verfaßt wurden und dann im »Herrnhut« Nr. 43, vom 27.10.1933 erschienen. Sie trugen schließlich 23 Unterschriften von Gemeindeniern.

Daraus zitieren wir einige Hauptgedanken:

1. Wir sagen »nein zu jedem Versuch in unserem Volk, in der Kirche und in unserer Gemeine sich *selbstsüchtig abzusondern* ... Die Schuld unserer Absonderung von Gott und dem Nächsten ist am Kreuz Jesu Christi gerichtet, gesühnt und vergeben.«
2. Wir »bekennen, daß es in der *Heiligen Schrift Alten und Neuen Testamentes* entscheidend weder um die Religion des Volkes noch um eine Weltreligion, sondern um Gottes Geschichte und Gottes Wort in seiner Offenbarung geht.«
3. »Wir bekennen mit Zinzendorf den Vers »Gott will den Menschen nicht gnädig sein als nur in Jesu, dem Lamm allein, das für unsere Sünden am Kreuz gehangen und für die Sünder hat Gnad empfangen zur Seligkeit«. Auch unser deutsches Volk (wir selbst mit eingeschlossen), das sich heute durch Gottes unverdiente Gnade im politischen Aufbruch befindet, bedarf dieser Verkündigung, weil eine Erneuerung im Glauben nur aus dieser Botschaft hervorgehen kann.«
4. »Als Gemeindeniener ... bekennen wir uns auch heute zu der auf Grund der Botschaft von der freien Gnade uns geschenkten *Gemeinschaft unter allen Rassen und in allen Erdteilen*.«
5. »Wir betonen ... den *sozialen und missionarischen Charakter* unserer Werke und unserer wirtschaftlichen Unternehmungen.«
6. »... wissen wir, daß die Ausbreitung des Evangeliums niemals Propaganda für die Ausbreitung der besonderen Form unserer kirchlichen Organisation werden darf.«
7. »... bekennen wir im Glauben, daß unsere Gemeine unter der Führung unseres auferstandenen und erhöhten Herrn steht. Diese *Führerschaft Jesu Christi* ist uns in der Gegenwart eine *lebendige Wirklichkeit*.«
8. »Unsere Gemeinen sollen lebendige Träger brüderischer Verkündigung sein.«<sup>22</sup>

---

<sup>22</sup> Im »Herrnhut« 1933, Nr. 43–45 ist auch das Referat von Br. Fr. Gaertner abgedruckt, das er auf der Tagung der jüngeren Gemeindeniener gehalten hat.

Im Jahresbericht der Direktion von 1933 heißt es im Blick auf diese 8 Thesen: »Das Zeugnis hat dankbare und freudige Zustimmung gefunden, wie besonders eine Erklärung zeigt, die die Diasporaarbeiter im Warthe- und Netzebruch in der Nummer 48 des ›Herrnhut‹ dazu veröffentlicht haben. Wer von uns Älteren sich mit bedrücktem Herzen an die theologischen Streitigkeiten früherer Zeit erinnert, der kann nur Gott danken, daß er uns wieder solche Gemeinschaft des Glaubens und Gebetes schenkt.«<sup>23</sup>

Eine neue Qualität bekam der Kirchenkampf, als auf der Sportpalastkundgebung der DC am 13.11.1933 deutlich geworden war, in welcher Richtung viele die Kirche verändern wollten.

In diesem Zusammenhang kam es in der Brüdergemeinde im Mai 1934 zu einem brüderischen Gemeintag vom 5.–7. Mai in Gnadau unter dem Thema »Wir wollen Gemeinde sein«.

Er war durch die Initiative dreier Brüder in Breslau zustande gekommen: Zwei von ihnen, Walter Hafa<sup>24</sup> und Alfred Schröter<sup>25</sup>, standen inzwischen im Dienst der Landeskirche; sie hatten sich mit Bruder Fr. Gaertner verbunden. Es beunruhigte sie, daß die Brüdergemeinde so stumm blieb in den schweren kirchlichen Auseinandersetzungen, berichtete Bruder Hafa auf dem Gemeintag: »Was ist das? Warum bleibt die Brüdergemeinde so still? Sieht sie diese Glaubenskämpfe nur als Parteikämpfe innerhalb der Nachbarkirche an? Merkt sie nicht, daß da um die Zukunft der Kirche, die Zukunft des Landes der Reformation, ja um unser Vätererbe gerungen wird? ... Ist vielleicht doch unser Schweigen Schwäche, Versäumnis und Schuld? ... Darüber stieg uns die Angst zum Herzen. Es singt sich ganz schön: ›Herrnhut soll nicht länger stehen, als die Werke seiner Hand ungehindert darin gehen ...‹ Aber wenn die Worte einmal Leben gewinnen? Tragen wir dann nicht alle, die wir mit unserem Herzblut dieser Brüdergemeinde angehören, schwer daran, daß einmal der Herr der Brüdergemeinde sagen könnte: ›Ich brauche euch nicht mehr! Die Axt ist schon an die Wurzel gelegt.‹ ... So durften wir nicht länger schweigen.«<sup>26</sup> Darum luden sie zu einem Gemeintag nach Gnadau ein und orientierten darüber auch die

---

<sup>23</sup> Jahresbericht in: Mitteilungen aus der Brüdergemeinde 1934, Heft 1,3. Bei den »Streitigkeiten früherer Zeit« ist wohl an die Auseinandersetzungen auf den Synoden 1919, 1908/9 und Ende des 19. Jahrhundert gedacht.

<sup>24</sup> Walter Hafa (1873–1940) war nach seinem Ausscheiden als Direktor der Gnadauer Anstalten Direktor der Lutherschule in Breslau.

<sup>25</sup> Alfred Schröter (1883–1966) war bis 1931 Gemeinhelfer in Breslau, danach ganz im landeskirchlichen Dienst.

<sup>26</sup> Bericht vom Gemeintag in Gnadau 1934 in: Mitteilungen aus d. Brüderg. 1934, 74ff.

Direktion in Herrnhut. Im Aufruf dazu hieß es: »Das gegenwärtige Geschehen in Staat und Kirche in Deutschland fordert von der jetzt lebenden Gemeingeneration die Wiedergewinnung einer klaren biblischen Glaubenserkenntnis und die Neugestaltung brüderischen Gemeinlebens.«<sup>27</sup>

»Es geht uns nicht um Auseinandersetzung mit allen möglichen Strömungen der Zeit, sondern um eine radikale Wendung nach innen ... Darum wollen wir miteinander nach dem rechten Grund der Gemeinde fragen ... Und dann wollen wir, wenn Gott Gnade und Erkenntnis gibt, diesen erkannten Grund der Gemeinde miteinander ... bekennen so laut und so richtig und so tapfer wie möglich.«<sup>28</sup> So formulierte Br. Gaertner das Anliegen des Gemeintages in seinem Referat in Gnadau. Neben den Brüdern A. Schroeter, Rudolf Steinberg, Heinz Renkewitz und Erwin Förster hielt auch Bruder Th. Marx ein Referat unter dem Thema »Christus, Herr und Haupt der Kreuzgemeinde.« Im ersten Teil »Kreuzgemeinde und nur dadurch Brüdergemeinde« wandte er sich gegen »ein falsches Sondergefühl« in der Brüdergemeinde und gegen »falschen Lokalpatriotismus«. Im zweiten Teil »Führungsglaube aber nicht Führerprinzip« betonte er die Bedeutung unserer Synoden. Im dritten Teil »Bestimmung, nicht Wahl« wies er auf die Bedeutung hin, daß wir eine Freikirche geworden sind. »Also stehen wir selbständig neben der Landeskirche. Damit ist uns aber auch eine feste Schranke gezogen für unsere Beteiligung, ich sage nicht Anteilnahme, an den kirchlichen Kämpfen der Gegenwart. Und diese Schranke dürfen wir auch bei unserm Gemeintag nicht überschreiten ... Wir sind aber eine Freikirche eigener Prägung ... Wir sind eine Art Orden innerhalb der großen Kirche, aber unter selbständiger Leitung ... Wer sich Mitglied dieser Brüdergemeinde nennt, ist einfach verpflichtet, bei diesem Dienst nach Kräften mitzuhelfen.«<sup>29</sup> Im Jahresbericht der DUD wird dieser Gemeintag »das bedeutsamste Ereignis des Jahres 1934 für unsere Deutsche Brüder-Unität« genannt.<sup>30</sup>

Inzwischen war aber auch da und dort die Frage an Brüdergemeinen herangetreten, ob wir als Brüdergemeinde unseren Saal der Bekennenden Gemeinde für Versammlungen zur Verfügung stellen können. Dies war namentlich in Neuwied der Fall, wo die Bekennende Gemeinde ihr Heimatrecht in der Kirche verloren hatte und ihre Gottesdienste im Gasthaus abhalten mußte. So trat sie an die Brüdergemeinde heran mit der Bitte, ihre Gottesdienste im Kirchensaal ab-

---

<sup>27</sup> A.a.O., 83.

<sup>28</sup> Ebda.

<sup>29</sup> A.a.O., 103ff.

<sup>30</sup> Jahresbericht der DUD an die Gemeinden 1934 in: Mitteilungen aus d. Brüderg. 1935, Heft 1,2.

halten zu können. Der Ältestenrat gab am 13.9.1934 dazu die Zustimmung.<sup>31</sup> Und so fand fortan sonntäglich der Gottesdienst der Bekennenden Gemeinde um 8.30 Uhr im Kirchensaal statt, der Gottesdienst der Brüdergemeinde um 10 Uhr. An Festtagen aber wurde gemeinsam Gottesdienst gehalten. Auch in Neusalz und in Küstrin-Kietz, sowie in Döllensradung war es zu solchen Anfragen gekommen.

Auf der Predigerkonferenz, zu der die Direktion für 27.–31.8.1934 nach Berlin »in etwas erweiterter Zusammensetzung«<sup>32</sup> eingeladen hatte, wurde »die Stellung der Brüdergemeinde zum Kirchenstreit ... eingehend besprochen«<sup>33</sup>. Dabei wurde auch die Frage behandelt, inwieweit einzelne Gemeinden ihren Kirchensaal zur Verkündigung des Evangeliums an andere freigeben sollten; es wurde dabei festgelegt, daß keine Versammlungen, die irgendwie kirchenpolitischen Charakter tragen, darin stattfinden sollten. Für die Gemeinhelfer war diese brüderliche Verständigung so wichtig, daß sie im Anschluß daran die Bitte an die Gemeinden richteten, sie möchten »es ihnen ermöglichen ..., alle Jahre zusammen zu kommen, um sich für ihre verantwortungsvollen Aufgaben in gegenseitigem Austausch zu stärken«<sup>34</sup>.

Am 7. September 1934 wandte sich die Direktion in einem Schreiben an die im Sommer gewählten Synodalen, um ihre Meinung zu erfahren, ob sie mit einer Verschiebung der eigentlich 1934 fälligen Synodaltagung bis in das neue Jahr einverstanden seien. 25 Synodale erklärten sich dafür, 9 waren für einen baldigen Zusammentritt.<sup>35</sup> Als DUD das Ergebnis der Umfrage am 25.9. den Synodalen mitteilte, hatte sich »die Krisis innerhalb der großen Kirche sehr verschärft«, und alles drängte »auf eine Klärung und letzte Entscheidung hin«. Darum könne für die Brüdergemeinde »schon in nächster Zeit die Nötigung entstehen, als Kirche klar Stellung zu nehmen«<sup>36</sup>. DUD beschloß darum am 25.9.1934, in der nächsten Ausgabe des »Herrnhut« unter den amtlichen Nachrichten mitzuteilen, daß man nach Meinung der Mehrzahl der Synodalen die Synode bis in das nächste Jahr verschieben wolle mit der Erklärung: »Unter diesen Umständen sieht die Direktion davon ab, schon jetzt den Zeitpunkt fest-

---

<sup>31</sup> Protokoll des Ältestenrates Neuwied vom 13.9.1934.

<sup>32</sup> Jahresbericht der DUD 1934 in: Mitteilungen aus der Brüderg. 1935, Heft 1,5.

<sup>33</sup> A.a.O., 3.

<sup>34</sup> »Herrnhut« 1934, Nr. 36 vom 7.9.1934.

<sup>35</sup> Schreiben der DUD an die Synodalen vom 25.9.1934 (UA Hht. Synode 1935).

<sup>36</sup> Ebda.

zusetzen. Sie muß sich aber vorbehalten, gegebenenfalls die Synode zu einer außerordentlichen Tagung kurzfristig einzuberufen.«<sup>37</sup>

Im Schreiben der DUD an die Synodalen vom 25.9. heißt es weiter: »Wenn eine außerordentliche Tagung einberufen werden sollte, so hätte sich diese in erster Linie mit der Stellung unserer kleinen Freikirche innerhalb der Auseinandersetzungen in der großen Kirche zu befassen. Ein schriftlicher Bericht der Deutschen Unitäts-Direktion an die Synode verbietet sich heute von selbst. Diese Sache kann nur mündlich im geschlossenen Kreis der Synodalen fruchtbar verhandelt werden.«

Im übrigen wurde darauf hingewiesen, daß es gelte, anhand des Entwurfs der Kirchenordnung vier grundsätzliche Fragenkomplexe der Verfassung der Brüdergemeinde zu überdenken: 1. Warum braucht unsre Gemeinde eine Synode als oberste Instanz? Welche Bedeutung hat brüderliche Aussprache und brüderliches Beschließen auf einer Synode, wie auch im Ältestenrat, im Unterschied zum demokratischen Parlamentarismus?

2. »Welchen Weg weist uns der 13. November für die Gestaltung unsers kirchlichen Lebens in der Gegenwart?« Wo liegen die Grenzen des im Staat anerkannten Führerprinzips in unserem kirchlichen Leben, inwieweit hat es sein Recht?

3. Gilt auch für die Brüdergemeinde, was die Reichskirchenregierung den Gemeinden reformierten Bekenntnisses als Sonderregelung für die Verfassung zugestanden hat, »weil das reformierte Bekenntnis den Grundsatz enthalte, daß Bekenntnis, Glaube und äußere Verfassung der Kirche in einem solchen Zusammenhang stünden, so daß das Bekenntnis bis in die äußere Verfassung hineinreiche«.

4. Welche Folgerungen ergeben sich für unsere Stellung als Kirche zu der neugeformten Deutschen Evangelischen Kirche aus der Tatsache, daß die Europäisch-Festländische Provinz internationalen Charakter hat?

Anfang November 1934 hatte die Direktion noch einmal »eine Aussprache mit einem kleineren Kreis von Brüdern aus Herrnhut und den umliegenden Gemeinden gehalten«<sup>38</sup>. Nach dem Rücktritt des Dr. Jäger verlangten die Landesbischöfe von Bayern, Hannover und Württemberg wie auch die Arbeitsgemeinschaft der missionarischen Verbände und Werke der DEK und andere Verbände den Rücktritt von Reichsbischof Müller. Der schlesische Bischof Zänker hatte am 2.11.1934 in einem Rundbrief an die schlesischen Pfarrer erklärt, daß er sich von dem Reichskirchenregiment lossagen müsse.<sup>39</sup> Immer

---

<sup>37</sup> »Herrnhut« 1934, Nr. 39 vom 28.9.1934.

<sup>38</sup> Bericht der DUD an die Gemeinden vom Jahr 1934, 3.

<sup>39</sup> Gauger, Chronik der Kirchenwirren Band 2, 380 in K. Biedermann, (wie Anm. 17) 14.

nachdrücklicher wurde von verschiedenen Seiten aus der Brüdergemeine eine Erklärung der Direktion über ihre Stellung verlangt. So verabschiedete diese am 9. November ›Ein Wort an unsere Gemeinen‹, das zunächst an die Gemeinheifer, Diasporaarbeiter, Missionsvertreter und die Leiter und Leiterinnen im Erziehungswerk gesandt, dann aber auch im ›Herrnhut‹ veröffentlicht wurde.<sup>40</sup> Den Synodalen ging es mit dem Gesamtbericht der DUD an die Synode zu.

Nachdem sich eine ›Arbeitsgemeinschaft der missionarischen und diakonischen Verbände und Werke der Deutschen Evangelischen Kirche‹ unter Leitung von D. Friedrich von Bodelschwingh gebildet hatte, wurde in der Sitzung der DUD darüber verhandelt, ob sich die Brüdergemeine dieser Arbeitsgemeinschaft anschließen solle. »Wenn wir uns durch den Anschluß an die genannte Arbeitsgemeinschaft deutlich von der Reichskirche abgrenzen, so liegt doch zugleich in diesem Schritt ein Ausdruck dafür, daß wir uns nicht der Bekenntniskirche anschließen wollen.« Bruder Kurt Marx äußerte aber seine Bedenken dagegen, weil die Arbeitsgemeinschaft »unter dem Namen Bodelschwingh auftritt, der einen Gegensatz bedeutet«<sup>41</sup>. So beschloß DUD den Beitritt »für die Werke unserer Brüdergemeine ... Dabei betonte sie ausdrücklich, daß wir uns in unserem Handeln als Kirche volle Freiheit wahren müßten und daß es uns darum nicht möglich sei, uns an Schritten der Arbeitsgemeinschaft zu beteiligen, die in die Vorgänge und Kämpfe innerhalb der Deutschen Evangelischen Kirche unmittelbar hineinwirkten.«<sup>42</sup>

Im Dezember 1934 schließlich beschloß die DUD, die Synode zum 30. Januar 1935 einzuberufen.

Es war ein arbeitsreiches Programm, das vor der Synode lag. Von besonderer Wichtigkeit und Bedeutung war die Frage nach der Aufgabe der Brüdergemeine in der Gegenwart.

Im Gesamtbericht der DUD an die Synode heißt es:

»Das Wichtigste für uns in der Leitung wie für die Synode ist dies, eine klare gemeinsame Antwort auf die Frage zu finden: Wohin will unser Herr unsere Gemeine führen? Wozu will er sie in dieser Zeit gebrauchen? Welche Dienste haben wir nach seinem Willen zu tun? Wo haben wir mitzureden und mitzuhandeln und wo haben wir stille zu sein und zu warten?« Nach dem Wort der DUD an die Gemeinen vom November 1934, das dazu helfen sollte, eine gemeinsame innere und äußere Haltung zu wahren, stehe nun die Synode vor der Aufgabe,

---

<sup>40</sup> ›Herrnhut‹ 1934, Nr. 48 vom 30.11.1934, vgl. Anhang.

<sup>41</sup> Protokoll der DUD-Sitzung vom 9.11.1934, Abs. 1, in: Biedermann, a.a.O., 13.

<sup>42</sup> Gesamtbericht der DUD an die Synode 1935, 20. Vgl. Die Europ.-Festl. Brüder-Unität in ihrem Bestand und Verantwortungsbereich, Anm. 13.

»ihrerseits ein gemeinsames Wort zu finden, das klare Wegweisung für die Gemeinde als Ganzes wie für die einzelnen Mitglieder enthält. Unser Herr und Ältester selbst schenke uns dazu die Leitung und Erleuchtung seines heiligen Geistes.«<sup>43</sup>

Unmittelbar vor der Synode sandte Bruder Friedrich Gaertner am 24.1.1935 ein Schreiben an die Synodalen, in dem er bat, im Blick auf die abzugebende Erklärung einige Punkte zu berücksichtigen: 1. Man habe sich seit 150 Jahren daran gewöhnt, »bei allen kritischen Auseinandersetzungen die Wahrheitsfrage der Einheitsfrage unterzuordnen«. 2. Die Rechtfertigung der Existenz des alten Herrnhut sei der Glaube an die allein am Kreuz Christi vollbrachte Versöhnung gewesen. »Haben wir heute nicht zum Teil unsere Werke so weit von der Glaubensgrundlage gelöst, daß sie uns dazu dienen müssen, unser Existenzrecht vor anderen Gemeinschaften und Kirchen, ja vor Gott zu erweisen?« 3. Die Synode müsse ein klares und eindeutiges Wort sagen, denn es gehe in dem Kirchenkampf nicht um »sich gegenseitig aufhebende irrtümliche menschliche Meinungen, um Einseitigkeiten, die allesamt unter Hinweis auf Christi Kreuz zur Ordnung zu rufen seien, sondern um die Säuberung der Botschaft und der Gestalt der Kirche von allen menschlichen Zusätzen«. So beantrage er: »Die noch vorhandene Beziehung der Brüdergemeinde zur Reichskirchenregierung Müller ist abzurechnen. Mit der Vorläufigen Leitung der Deutschen Evangelischen Kirche (Marahrens) ist zu verhandeln wegen Anschlusses der Brüdergemeinde im Sinne des früheren Anschlusses der Brüdergemeinde an den Deutschen Evangelischen Kirchenbund. Die Synode erklärt ihre Zustimmung zu der Theologischen Erklärung zur gegenwärtigen Lage der Deutschen Evangelischen Kirche (die sogenannte Barmer Erklärung) vom 30. Mai 1934.«<sup>44</sup>

---

<sup>43</sup> Gesamtbericht der DUD an die Synode 1935, 21f.

<sup>44</sup> Brief von Br. Fr. Gaertner an die Synodalen UA Hht.



Die Teilnehmer der Synode von 1935 in Herrnhut. Vorne rechts: Theo Marx